

Friedrich Merz schlägt EU-Sonderstatus für die Ukraine vor

Büchse der Pandora geöffnet

Krisen sind Motor für Veränderungen – hinsichtlich der EU selten zum besten. Die Euro-Staatschuldenkrise ab 2010 kippte die Nichtbeistands-Klausel (Art. 125 AEUV) durch die Rettungsschirme, und das Verbot der monetären Staatsfinanzierung (Art. 123 AEUV) wurde durch die Staatsanleihekaufprogramme ausgehebelt – mit inflationären Nachwirkungen. Corona brachte den Schuldenfonds NGEU. Und nun wird – abseits der EU-Verträge – über eine „Mitgliedschaft light“ für die Ukraine diskutiert. In einem Brief an die Spitzen der EU-Institutionen fordert Friedrich Merz aufgrund einer „geopolitischen Notwendigkeit“ und der „Frustration“ infolge der Dauer des regulären Aufnahmeprozesses eine informelle „assoziierte Mitgliedschaft“.



von Dirk Meyer

„Ein Affront gegenüber dem Nato-Partner Türkei und den beitragswilligen Westbalkanstaaten.“

Neben einer stimmrechtslosen Teilnahme an Sitzungen des Europäischen Rates (Staats- und Regierungschefs) und des Rates der EU (Fachminister der 27 Länder als zentrales Gesetzgebungsorgan) sei des weiteren eine Rolle als assoziiertes Mitglied der EU-Kommission ohne Geschäftsbereich und ohne Stimmrecht denkbar, ebenso ein assoziierter Richter am EU-Gerichtshof (EuGH) sowie nicht stimmberechtigte Vertreter im Europaparlament. Die laufenden Beitrittsverhandlungen sollten dadurch keineswegs ersetzt – aber gefördert werden. Man könnte auch sagen, mittels der normativen Kraft des Faktischen unumkehrbar werden. Dies wäre ein Affront gegenüber dem Nato-Partner Türkei und den Westbalkanstaaten, die teils seit Jahrzehnten vertragliche Beziehungen zur EU haben. Auch ohne Stimmrechte würde der Ukraine eine nicht EU-vertragskonforme Einflussnahme gewährt, was den EuGH befassen könnte. Bei einer vollständigen Angleichung an die Gemeinsame Außen-

und Sicherheitspolitik der EU (GASP) könnte die Ukraine sogar Geld aus dem EU-Haushalt bekommen – beschränkt auf ein Fünftel des Mittelaufkommens des gegenwärtigen Finanzrahmens (2021–2027) von 1,07 Billionen Euro.

Zentral für den Erhalt von mitgliedschaftlichen Rechten sind die 1993 verabschiedeten „Kopenhagener Kriterien“ wie institutionelle Stabilität und die Aufrechterhaltung der demokratischen Ordnung, eine funktionsfähige Marktwirtschaft, die Übernahme des Rechtsbestands der EU und die Aufnahmefähigkeit der EU selbst. Letztere würde durch die finanziellen Anforderungen aus der Integration der ukrainischen Landwirtschaft in die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) ebenso überfordert, wie das Einstimmigkeitsprinzip bei wichtigen Entscheidungen und die Zahl der EU-Kommissare an administrative Grenzen stoßen würde. Hier wären zuvorderst vertragliche Änderung notwendig. Gegen die ukrainische Beitrittsperspektive sprächen auch die Korruption bis in höchste Staatsämter und Militärs sowie der von der deutschen Staatsanwaltschaft verfolgte Verdacht des Staatsterrorismus der Ukraine im Zusammenhang mit der Sprengung der Nord-Stream-Pipelines. Heikelster Punkt ist aber die beabsichtigte Anwendung der Beistandsklausel auf die Ukraine nach Artikel 42 EUV, „um eine substantielle Sicherheitsgarantie zu schaffen“. Danach „schulden die anderen Mitgliedstaaten ... alle in ihrer Macht stehende Hilfe und Unterstützung“, sollte ein bewaffneter Angriff auf einen Mitgliedstaat erfolgen. Demgegenüber leisten Nato-Mitglieder gemäß Artikel 5 Nato-Vertrag lediglich Beistand, den „sie für erforderlich“ erachten. Indem Deutschland damit automatisch Kriegspartei würde, wäre die „Büchse der Pandora“ geöffnet.

standsklausel auf die Ukraine nach Artikel 42 EUV, „um eine substantielle Sicherheitsgarantie zu schaffen“. Danach „schulden die anderen Mitgliedstaaten ... alle in ihrer Macht stehende Hilfe und Unterstützung“, sollte ein bewaffneter Angriff auf einen Mitgliedstaat erfolgen. Demgegenüber leisten Nato-Mitglieder gemäß Artikel 5 Nato-Vertrag lediglich Beistand, den „sie für erforderlich“ erachten. Indem Deutschland damit automatisch Kriegspartei würde, wäre die „Büchse der Pandora“ geöffnet.

Mit „gestaltender Angebotspolitik“ der Wirtschaftsmisere entfliehen?

Falsche Diagnose und Rezept

Von Thorsten Polleit

In der FAZ fordern Michael Hüther (Chef des arbeitgeberfinanzierten IW Köln) und Joachim Fels (Ex-Pimco-Spitzenmanager) eine „gestaltende Angebotspolitik“. Denn der Staat sei jetzt noch stärker gefordert als noch in den 1970er und 1980er Jahren, als nicht nur die Bundesrepublik die „Keynesianische Globalsteuerung“ versuchte. Dass endlich intensiv darüber nachgedacht wird, wie die deutsche Wirtschaft aus der stagnativen Krise herauskommt, ist wichtig. Doch warum die beiden Ökonomen dazu in vielen und aufwendigen Worten die Wirtschaftsgeschichte zu deuten suchen, um daraus die jetzt passenden Heilmittel abzuleiten, erschließt sich mir nicht.

Es steht außer Frage, dass sich das weltweite wirtschaftliche und politische Umfeld in den letzten Jahren gewaltig verändert hat. Doch die meisten Volkswirtschaften der Welt kommen damit gut klar, sie wachsen weiter, demographische Alterung und Schrumpfung hin oder her. In Deutschland sieht es jedoch ganz anders aus. Hier schrumpft das Pro-Kopf-Einkommen, Firmen gehen zuhauf pleite, Kapital wandert ab. Die Wahrheit ist: Nicht das Weltgeschehen, sondern vielmehr hat Deutschland sich selbst

auf einen zerstörerischen Abwärtspfad gesetzt – indem man der „Net-Zero“-Klimapolitik auf den Leim gegangen ist, die die Energiekosten in exorbitante Höhen treibt. Die Steuerschraube wird immer weiter angezogen, Arbeitsanreize werden zerstört, während die Staatsfinanzen mit „Sondervermögen“ ruiniert werden. Anders gesagt: Die neozözialistische Mentalität in den Köpfen vieler Teile der Bevölkerung und vor allem der politischen Klasse führt zum Absturz. Warum man da dem Staat noch mehr Verantwortung zuschanzen sollte und nach einer als Angebotspolitik verkleudelten Interventionspolitik ruft, ist unverständlich.

Politische Kreise und Sonderinteressengruppen, die den Staat für ihre Zwecke einzuspannen wissen, mögen solche Vorschläge begrüßen. Der breiten Bevölkerung werden sie aber, in die Praxis umgesetzt, nicht dienen. Der Staat und seine bürokratischen Machtentakeln in Wirtschaft und Gesellschaft sind zurückzuschneiden – denn nur freie Märkte werden Wohlstand und auch die erforderliche Resilienz bringen, die es in der neuen Weltordnung braucht. Der Interventionsstaat und seine Politik sind vielmehr der Feind des wirtschaftlichen Wohlergehens.



Elon Musk: Nur drei Monate ist es her, dass er seine KI-Firma xAI an SpaceX via Aktientausch von 1,25 Billionen Dollar verkauft hat

Gewinn steht in den Sternen

SpaceX: Elon Musk verspricht den größten Börsengang aller Zeiten / Verluste oder Wachstum?

THOMAS KIRCHNER

Es wird mit 1,75 Billionen Dollar der größte Börsengang aller Zeiten. Mit 75 Milliarden Dollar an frischem Kapital soll SpaceX von Elon Musk dabei ausgestattet werden. Aramco, der staatliche Ölkonzern von Saudi-Arabien, ging 2019 mit einer Bewertung von 1,7 Billionen Dollar an die Börse, sammelte mit 29 Milliarden Dollar aber weniger frisches Kapital ein.

SpaceX ist ein neuer Auswuchs der Überbewertung von Technologieaktien. Es ist auch ein Beispiel von Musks Fähigkeit, wie ein Magnet mit neuen Geschäftsvarianten Kapital anzuziehen. SpaceX wird zunächst einmal mit kommerzieller Raumfahrt assoziiert: Die Kosten für Satellitenstarts konnte er um 85 bis 95 Prozent senken. Für Routinetransporte in die Erdumlaufbahn nutzt inzwischen sogar die Nasa SpaceX. Mit der nächsten Generation wiederverwendbarer Raketen stehen weitere Kostensenkungen an. Doch leider verbucht SpaceX mit Raumfahrt keine Gewinne, sondern einen Verlust von 662 Millionen Dollar allein im ersten Quartal. Gewinne stammen ausschließlich aus der Starlink-Sparte, dem satellitengestützten Internetzugang. Auf zehn Millionen Privat- und Firmenkun-

den hat sich dieses Segment 2025 verdoppelt, vermutlich auch, weil die Preise stark gesenkt wurden, um die Nutzerzahlen für den Börsengang aufzublähen. Nur noch 66 Dollar im Monat verdient Starlink pro Nutzer, doch der Gewinn hat sich 2025 gegenüber dem Vorjahr auf zwei Milliarden Dollar verdoppelt. Für Anleger zählt nicht was ist, sondern was kommt. Und das könnte ein satellitengestütztes weltweites Mobilfunknetz sein, für das sich Starlink bereits erste Frequenzen gesichert hat. Normalerweise bewerten Anleger derartige Zukunftsprojekte mit einem skeptischen Abschlag. Steht der Name Elon Musk darauf, rechnen sie mit der bestmöglichen Entwicklung. Bei SpaceX heißt das: Man rechnet mit rasantem Wachstum in der Starlink-Sparte, obwohl Amazon bereits ein Konkurrenzprodukt vorbereitet. Die Aussichten in diesem Bereich sind noch vergleichsweise gut fassbar.

OpenAI, während Anthropic seinen ersten Gewinn überhaupt verbuchte.

Dennoch sieht es so aus, als ob SpaceX dank Musks Ausstrahlung einen sensationellen Börsenstart hinlegen könnte. Im Hintergrund werden viele der Tricks angewandt, mit denen bereits während der Internetblase zur Jahrtausendwende irrationale Bewertungen zu noch höheren Kursen führten.

Für einen beschleunigten Eintritt in den Aktienindex Nasdaq wurden extra für SpaceX die Regeln geändert. Dauerte es bisher nach einem Börsengang mindestens drei Monate bis zur Aufnahme, weil die Börse nach anfänglicher Euphorie eine stabile und geordnete Kursfindung ermöglichen wollte, wurde die Wartezeit auf nur 15 Tage verkürzt. Der Mindestregel von zehn Prozent Streubesitz wurde ebenfalls abgeschafft. Indexfonds und Anleger, die den Nasdaq-Index nachbilden, sind nun schneller zum Kauf gezwungen. Eventuell müssen sie kaufen, noch bevor ausreichend Volumen vorhanden ist. Kurskapriolen nach oben sind somit vorprogrammiert. Auf der Seite von SpaceX hat die Regelerklärung zur Konsequenz, dass die 3.000 Mitarbeiter ihre Aktien schneller verkaufen können. Einige sollen Aktien im Milliardenwert halten. Multimillionäre wird es zuhauf geben.

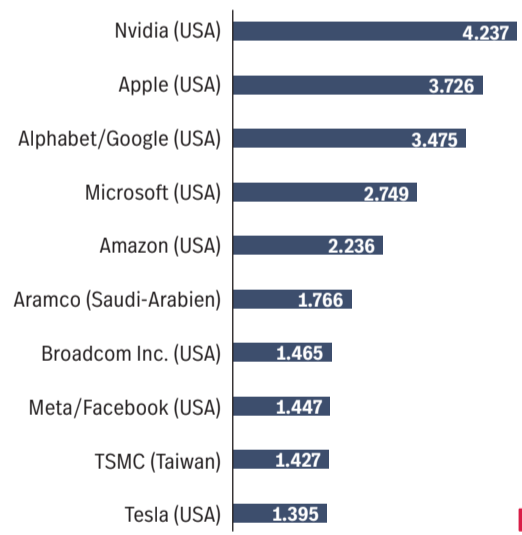
Liegt der potentielle Markt für xAI wirklich bei 26 Billionen Dollar?

In anderen Bereichen stehen künftige Gewinne noch in den Sternen. Im wahren Sinne des Wortes. Gewinnung von Rohstoffen aus Asteroiden, Besiedelung von Mond und Mars – mehr als Träumereien sind das nicht. Und SpaceX stünde auch nicht konkurrenzlos da, sollte es soweit kommen. Neben Amazon (Börsenwert: 2,2 Billionen Dollar) würden auch chinesische, indische und japanische Anbieter nach den Sternen bzw. Asteroiden greifen. Für den größten Teil der Bewertung ist eine weitere spekulative Technik verantwortlich: Künstliche Intelligenz. Nur drei Monate ist es her, dass Musk seine KI-Firma xAI an SpaceX durch einen Aktientausch im Wert von 1,25 Billionen Dollar verkauft hat. Nicht einmal vier Prozent Marktanteil hat das KI-Modell Grok. Wenig vertrauenswürdig war Musks Bemerkung nach dem Verkauf, die Software müsse komplett neu geschrieben werden. Doch Musk ist Meister der großen Zahlen: Er sieht den potentiellen Markt für xAI bei 26 Billionen Dollar. Nur wenige rechnen nach, dass dies ein unplausibles Fünftel der weltweiten Wirtschaftsleistung wäre.

Die beiden Hauptkonkurrenten von xAI, OpenAI (ChatGPT) und Anthropic (Claude) sollen derzeit ebenfalls Börsengänge vorbereiten. Gemunkelt wird von Bewertungen von je einer Billion Dollar. Gegenüber diesen beiden Marktführern müsste xAI mit einem kräftigen Abschlag bewertet werden. Im ersten Quartal schrieb xAI einen Verlust von 2,5 Milliarden Dollar, etwa vergleichbar mit

Die teuersten Unternehmen der Welt sind nicht aus der EU

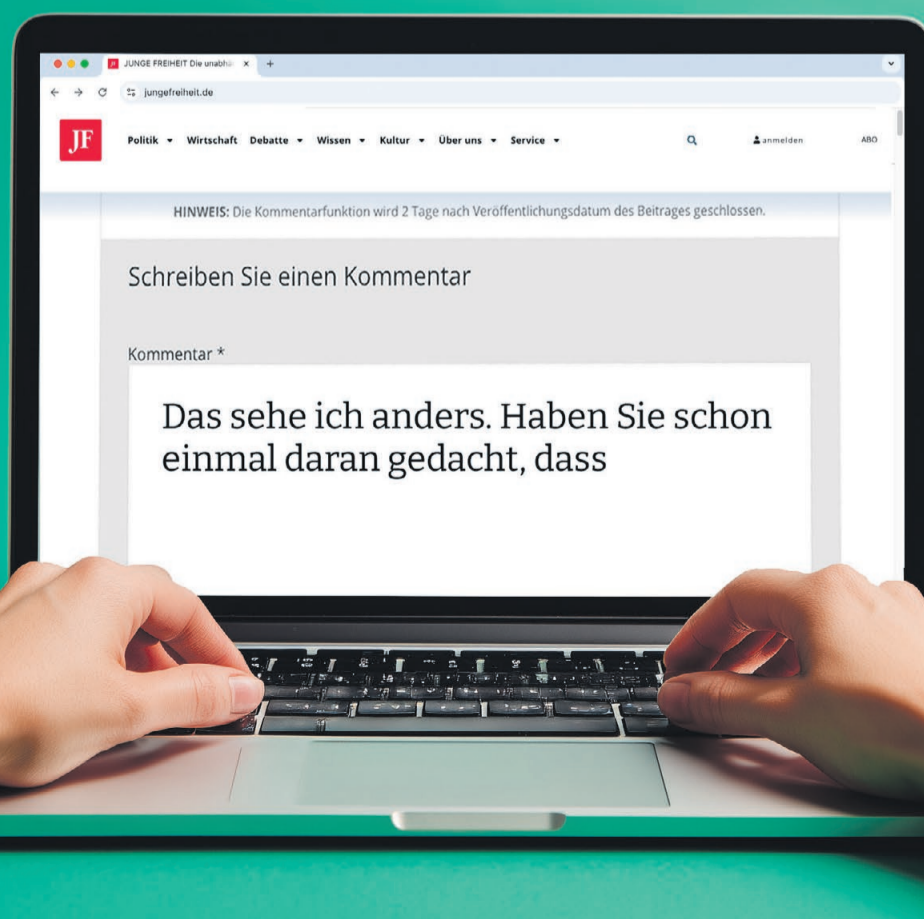
nach Marktkapitalisierung im März 2026 in Milliarden Dollar



GRAPHIK QUELLE: PWC

Unsere Kommentarfunktion

Behalten Sie Ihre Meinung. Aber nicht für sich.



Mit Online-Plus erhalten Print-Abonnenten freien Zugang zu unserer Kommentarfunktion. Denn: Ihre Meinung zählt!

TESTEN SIE JETZT JF+ 4 WOCHEN LANG.

Erleben Sie viele weitere Vorteile:

- ▶ E-Paper schon am Mittwoch
- ▶ Zugriff auf alle kostenpflichtigen Online-Artikel
- ▶ JF-App mit nützlichen Funktionen

jetzt freischalten:

▶ jf.de/online-plus

